



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/30

5. Februar 1950

Die Bonner Tagung des Parteivorstandes der SPD

sp. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am 4. und 5. Februar 1950 in Bonn tagte, befasste sich zunächst mit der Vorbereitung des Parteitages in Hamburg. In grossen Zügen wurde die Tagesordnung festgelegt, deren wesentliche Bestandteile drei Hauptreferate, eine Diskussion und die Wahl des Vorstandes sind. Das allgemeine politische Referat wird der erste Vorsitzende, Dr. Kurt Schumacher, halten. Einen Überblick über die kulturpolitische Situation wird Professor Carlo Schmid geben, über die Frage der Vollbeschäftigung und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit soll Hermann Veit, Wirtschaftsminister in Württemberg-Baden, sprechen. Auch die Feiern zum 1. Mai, soweit sie von der Sozialdemokratie getragen werden, sollen im Zeichen der Förderung der Arbeit für alle in Frieden und Freiheit stehen.

Der Vorstand der Partei stellte sich nachdrücklich hinter die Initiative der Fraktion in der Berlin-Hilfe, die in dem Augenblick neu heraufziehender Gefahren für Berlin und damit für Westdeutschland doppelt notwendig und in jeder Hinsicht unerlässlich ist.

Es ist die unveränderte Auffassung der SPD, dass die westliche Position in Berlin unter allen Umständen gehalten und ausgebaut werden muss.

Dem Vorstand wurde ein verändertes Organisationsstatut der Partei vorgelegt und von ihm genehmigt, das stärker als das gegenwärtige den Erfordernissen einer rationellen Gliederung mit besseren praktischen Arbeitsmöglichkeiten entspricht. Das veränderte Statut wird dem Parteitag zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Es wurde dann über den Besuch einer Gruppe von Parlamentarierern der holländischen Partei der Arbeit und seinen befriedigenden Verlauf berichtet, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass es dabei möglich war, viele wertvolle Informationen zu geben und zu

erhalten. Diese Form der gründlichen gegenseitigen Unterrichtung soll auch mit den sozialistischen Parteien anderer Länder fortgesetzt werden. Als nächste ausländische Delegation wird eine Abordnung aus Schweden erwartet.

Der Vorstand beschloss, eine Kommission für Europafragen aus Vertretern der Bundestagsfraktion und den eigenen Reihen einzusetzen, deren Aufgabe es sein soll, die Auffassungen der Partei zu den wichtigsten Fragen der Europapolitik zu präzisieren, ihre Argumente wirksam zusammenzustellen und möglichst weite Kreise des In- und Auslandes damit bekanntzumachen. Es sind mehrere Denkschriften über Sondergebiete in Arbeit, die in ihrer Gesamtheit dem Ziele dienen sollen, in einer gestrafften Arbeit darzulegen, wie sich die deutsche Sozialdemokratie die Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit im einzelnen denkt. Die personelle Zusammensetzung der erwähnten Kommission wurde den Mitgliedern des Vorstandes Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Carlo Schmid, Fritz Henssler und Willi Eichler übertragen.

In der letzten Märzwoche wird in Witten/Ruhr die bereits angekündigte Konferenz von Sachverständigen aus den der COMISCO angeschlossenen Parteien für Fragen der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zusammentreten. Man rechnet mit der Anwesenheit von etwa 35 Experten. Die Delegation der SPD wird sich zusammensetzen aus Professor Eric Nölting, Hermann Veit, Fritz Henssler, Herbert Kriedemann und Rudolf Pass. Dazu wird eine Reihe weiterer deutscher Sachverständiger treten.

Zur Verbesserung des Kontaktes zwischen den sozialdemokratischen Parteiorganisationen und den in den Gewerkschaften wirkenden Sozialdemokraten sollen in allen Organisationseinheiten der SPD Sozialgemeinschaften der SPD gebildet werden. Ihre Aufgabe ist es, durch regelmässig stattfindende Aussprachen besser als bisher die Probleme vertraut zu machen, die in den Gewerkschaften aktuell sind und umgekehrt sozialdemokratische Gewerkschaftler fortlaufend über die Politik der SPD zu unterrichten.

Nach einem Bericht Waldemar von Knöringens über seine Eindrücke beim Hedler-Prozess und einer Darstellung von Andreas Gayk über die Gefahr eines zunehmenden Neofaschismus und einer sich deutlich abzeichnenden neuen Harzburger Front beschloss der Vor-

sitzende, sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Entwicklung zu befassen und alle Massnahmen zu ergreifen, die ihr entgegenwirken können. Das soll auf sozialdemokratische Initiative auch durch ein Bundesgesetz geschehen. Ausserdem wird die SPD einen Antrag für wirtschaftliche Hilfeleistung an Schleswig-Holstein vorbereiten, da die besondere Notlage dieses Landes durchgreifende Massnahmen unbedingt notwendig macht.

-o-o-o-

Aussichten des deutsch-französischen Handels

A.F. Paris, Anfang Februar 1950

Der Ende Januar in Paris für die kurze Dauer von sechs Monaten unterzeichnete deutsch-französische Handelsvertrag muss als politisches Ereignis gewertet werden. Die Verhandlungen, die nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gingen, wurden von der Öffentlichkeit mit durchaus politischem Interesse verfolgt und auch der Leiter der deutschen Delegation betonte, dass der Vertrag gewissermassen den ersten Akt der Politik einer praktischen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich darstelle.

Wenn es sich auch im wesentlichen um ein Warenaustauschabkommen handelt, so fehlen doch nicht die ersten Anzeichen eines eigentlichen Wirtschaftsvertrages. In diesem Zusammenhang ist die allgemeine Vereinfachung der Ein- und Ausfuhrverfahren zu nennen, ferner die Abkehr vom Dollar als Verrechnungseinheit, die Ermächtigung zu gegenseitigen Zahlungen mit Ausnahme des Kapitalverkehrs, die Anerkennung der deutschen Flagge in französischen Häfen und nicht zuletzt die grundsätzliche Wiederaufnahme des Reise- und Fremdenverkehrs mit einer Devisenzuteilung in Höhe von rund 500.--DM pro Jahr und pro Person.

Da in Zukunft der freie Warenaustausch die Regel und die Kontingentierung die Ausnahme sein wird, ist es müssig, Zahlen für den erwarteten Umfang des Warenaustausches zu nennen. Es besteht jedenfalls kein Zweifel, dass die bisherigen Ergebnisse nicht unwesentlich übertroffen werden, und dass der Handel zwischen den beiden Ländern etwa wieder die Vorkriegshöhe erreicht. Schon jetzt ist Deutschland Frankreichs zweitgrösster Lieferant und Frankreich Deutschlands bester Kunde. Die deutsche Einfuhr französischer

Waren ist, von den kontingentiert gebliebenen Gruppen abgesehen, völlig frei. Frankreich hat seinerseits seine allgemeine Freiliste

für die Marshallplanländer zu Gunsten Deutschlands um einige Positionen erweitert, neben einigen Maschinen auch für künstlichen

Schmuck und Musikinstrumente. Da sich der französische Zolltarif aus mehr als 2.000 Positionen zusammensetzt und von den aufgestellten

Frei- und Kontingentlisten selbstverständlich bei weitem nicht restlos erfasst wird, bleibt eine nicht unbedeutende dritte Gruppe

von Waren, deren Einfuhr nach Frankreich grundsätzlich frei ist, mit der Beschränkung, dass ihr Gesamtwert einen vierteljährlich

fortzusetzenden Höchstbetrag nicht übersteigt. Bis zum 31. März beläuft sich diese Summe auf 16 Mill. Dollar. Der Betrag kann im

zweiten Vierteljahr 1950 erhöht werden.

Frankreich rechnet mit einer Steigerung seiner Ausfuhr von 80 bis 100 v.H. und glaubt, zwischen 20 und 30 v.H. mehr deutsche

Waren ins Land lassen zu müssen. Unter diesen Voraussetzungen kann man sich fragen, ob die deutschen Unterhändler nicht einseitig

Frankreich grössere Zugeständnisse gemacht haben. Es ist dabei zunächst zu berücksichtigen, dass die Handelsbilanz bisher für

Deutschland stark aktiv war und der französische Fehlbetrag nur durch Ziehungsrechte im Rahmen des Marshallplanes ausgeglichen

werden konnte. Die Herstellung eines Gleichgewichtes ist daher unentbehrlich und kann schwer ohne entsprechende deutsche Zugeständ-

nisse erfolgen. Es ist auch nicht unwichtig zu wissen, dass in Zukunft die deutschen Kohlenlieferungen nur noch etwa 25 v.H. der

Gesamtausfuhr ausmachen werden, wie übrigens in den Vorkriegsjahren, und dass Deutschland wertmässig in gleicher Höhe aus Frank-

reich Weizen und Fleisch erhalten wird.

Der Handelsvertrag hat auch Schattenseiten. Es ist nicht unbedenklich, wenn in ihm von Frankreich lediglich ein Versuch gese-

hen wird, was seine kurze Laufzeit erklärt. Paris möchte feststellen, in welcher Weise die deutschen Einfuhren zu einer Gefahr für

gewisse eigene Industrien zu werden vermögen. Führt dieser Versuch zu negativen Ergebnissen, so wird sich in Zukunft ein gewisser

Rückschlag in den Handelsbeziehungen nicht vermeiden lassen.

Besonderlich ist ferner der Ausschluss der für die deutsche Industrie als Märkte ungewöhnlich wichtigen überseeischen Gebiete

aus den Freilisten, die lediglich für das Mutterland und Algerien gelten. Die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten nach den Kolonien beschränken sich auf die im Vertrag genau festgesetzten Kontingente. Darin liegt eine starke Benachteiligung. Frankreich erklärt seine Einschränkung mit dem Fehlen ausreichender Schutzzölle in den Kolonien, eine Erklärung, die eher ein Verwand ist. Die Zollfrage sollte bei Mandatsgebieten und Protektoraten, d.h. vor allem Kamerun und Marokko, keine Rolle spielen. Ausserdem wurde der Zolltarif des Mutterlandes in den sogenannten alten Kolonien, d.h. Guyana, Réunion, Martinique und Guadeloupe, eingeführt.

Der deutsch-französische Handelsvertrag enthält schliesslich die etwas ungewöhnliche Bestimmung, dass die beiden Regierungen die direkte Fühlungnahme zwischen interessierten Privatindustrien erleichtern wollen. Man bestreitet jede Absicht der Kartellisierung, es ist aber schwer vorstellbar, dass trotz aller staatlichen Kontrollen Privatindustrielle sich bei gemeinsamen Besprechungen nicht über Preise und Märkte unterhalten.

-0-0-0-

"Deutschland - Brücke oder Schlachtfeld"

Von James P. Warburg (Franz Mittelbach Verlag, Stuttgart)

Warburg war während des Krieges Leiter der Deutschland-Abteilung des amerikanischen Informationsamtes. Das setzt die Vertrautheit mit den Problemen Deutschlands voraus. Im Frühjahr 1947 schrieb er dieses Buch - für den amerikanischen Leser. Er gibt eine Übersicht über die Frage: "Was ist Deutschland", beleuchtet einige Tatsachen aus der deutschen Geschichte, spricht von "deutscher Lebensart", vom Wirtschaftsleben, von Familie, Schule und Kirche - und es ist bezeichnend für das Bemühen des Verfassers, seine Leser objektiv zu unterrichten, wenn er an einer Stelle abschliessend schreibt: "Die Fehler der Deutschen sind zu einem grossen Masse die gleichen Fehler, an denen unsere ganze zeitgenössische, klassenmässig geschichtete Gesellschaft krankt. Sie sind nur auf die Spitze getrieben und verschärft durch Verhältnisse, die für den Deutschen typisch sind".

Warburg gehörte von Anfang an zu den schärfsten Gegnern der Ideen Morgenthau. Darum beschäftigt sich der Hauptteil seines Buches mit der Vier-Mächte-Politik seit Jalta und Potsdam und mit den Differenzen zwischen den Alliierten. Der Autor hat wiederholt 1946/47 Deutschland bereist und ganz besonders eingehend die politische Praxis der amerikanischen Besatzungsbehörden studiert. Er macht keinen Rehl daraus, dass zu einem erheblichen Teil die Besatzungsmacht selbst, und insbesondere die amerikanische Besatzungsbehörde, schwere Fehler begangen hat.

Die Ursachen des Bruches zwischen den westlichen Alliierten und Russland sieht Warburg überraschenderweise in Frankreich - und nicht in Russland. Frankreich wäre es eigentlich gewesen, das den Russen die moralische und juristische Handhabe bot für ein selbständiges Vorgehen in der sowjetischen Besatzungszone. Ein sehr umfangreicher Anhang enthält eine Reihe wertvoller Dokumente, angefangen von der Atlantik-Charva bis zum amerikanisch-britischen Abkommen über die Verschmelzung der beiden Westzonen vom 2.12.1946.

-0-0-0-

S.N.